

Stand der Umsetzung 2018



vor einem Jahr
Beschluss der SVV
zum lokalen Teilhabeplan

Auftrag:

- Plan zur Umsetzung
- jährlicher Bericht
- öffentliche Diskussion



Ablauf der Veranstaltung:

- Bericht zum Umsetzungsprozess und Umsetzungsstand
- Ergebnisse des Stadtspaziergangs
- Anfragen und Diskussion
- Ausblick

Jahresbericht Umsetzung lokaler Teilhabeplan

Auf der Grundlage des SVV-Beschlusses Nr. 208 vom 29.11.2017 wurde der Lokale Teilhabeplan für die Stadt Brandenburg an der Havel verabschiedet und die Verwaltung beauftragt, entsprechend der Maßnahmeempfehlungen einen Umsetzungsplan mit konkreten Umsetzungsschritten zu erarbeiten. In diesem Umsetzungsplan sind die benötigten finanziellen Aufwendungen und der Umsetzungsstand der Realisierung der Maßnahmen für das Jahr 2018 und der Folgejahre einzuarbeiten (Anlage 1).

Der lokale Teilhabeplan wurde in Leichte Sprache übersetzt; er liegt nunmehr auch in Druckform vor. Beide Versionen des lokalen Teilhabeplanes sind auf der Internetseite der Stadt Brandenburg an der Havel unter <https://www.stadt-brandenburg.de/menschen-mit-behinderung/teilhabeplanung/> abrufbereit.

Neben dem Umsetzungsplan ist jährlich ein Bericht zum lokalen Teilhabeplan zu erstellen. Aus Gründen der Verständlichkeit wird ein zusammengefasstes Dokument vorgelegt.

Auf dem Weg zur inklusiven Stadtgesellschaft bildet der Umsetzungsplan eine wesentliche Entscheidungshilfe. Die beschriebenen Maßnahmen können wichtige Schritte zur vollen Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne Diskriminierung und Einschränkungen für alle beeinträchtigten Menschen jedweder Art sein.

Beispielhafte Aktionen aus 2018

Es gab im letzten Jahr zahlreiche Aktivitäten, von denen einige eingangs kurz herausgehoben werden sollen:

Zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung am 05. Mai 2018 wurde am 28. April 2018 zu einem Nachbarschaftsfest am Bürgerhaus Hohenstücken eingeladen. Unter dem Motto „Gemeinsam zur Inklusion“ konnte man sich unter anderem über die neue „Notruf Plus App“ (Maßnahme 36) informieren oder sich auf einem Rollstuhlparcours ausprobieren, beim Testen von Simulationsbrillen oder auch beim Hören von Tinnitusgeräuschen bestand die Möglichkeit, einmal einen Einblick in die Welt beeinträchtigter und behinderter Menschen zu bekommen.



Bericht zur Umsetzung

- alle Maßnahmen wurden innerhalb der Verwaltung diskutiert und Verantwortliche bestimmt
- Ermittlung von Kosten und Bestimmung der Priorität und Zeitschiene

		Verantwortlich	Umsetzungsstand	Realisierung 2018 ja/nein
M 36	Jeder Bürger in der Stadt muss das Notruf-System nutzen können. Dafür sind entsprechende Lösungen zu schaffen, unter anderem für gehörlose Menschen, für stumme Menschen, für seheingeschränkte und blinde Menschen, für schwerstmehrfach behinderte Menschen, für nicht deutsch sprechende Menschen und andere.	FB 37	sh Vorbereitung Testbetrieb für die App Notruf+ - vorbereitende Maßnahmen zur Inbetriebnahme Testplattform 04/18 - Einweisung Disponenten in Handhabung bei Eingang „Testnotruf“ - Umbau App; automatischer Fax-Versand; Test einzelner Notrufe	keine Angabe möglich - Schaffung gesetzl. Grundlage zur Nutzung App durch programmierende Stelle ?? Testbetrieb ??
M 37	Zur Entwicklung des Zusammenlebens und zur Stärkung der Nachbarschaftshilfe werden in den Stadt- und Ortsteilen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen.		sh	
M 38	Alle Bescheide der öffentlichen Verwaltung werden barrierefrei und in einfacher Sprache (ohne Abkürzungen) verfasst oder erläutert. Die Antragsformulare sind ebenfalls in einfacher Sprache zu fassen.	Gesamtverwaltung, Stab OBM, FG 30	sh	nein
M 39	Sensibilisierung des Fachpersonal im Gesundheitswesen für den Umgang mit Teilhabe- und Teilnahme eingeschränkter Menschen.	Stab OBM	sh Verantwortlichkeit Kassenärztliche Vereinigung u.a. Einrichtungsträger, Komm. Verbände; wer noch	







































Anfragen und Diskussion

- Hinweise und Kritik
- Vorschläge für neue Maßnahmen



Ausblick

- Ergebnisse der Veranstaltung werden in den Bericht eingearbeitet
- Erstellung einer Vorlage für die SVV
- alle Fachausschüsse beraten Maßnahmen (Beteiligung Behindertenbeirat, Anfragen an die Verwaltung)
- wird gleichzeitig mit dem Haushalt beraten – Anträge möglich
- Zeitraum voraussichtlich Januar / Februar 2019